

Stand: 24.06.2026 03:15:55

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/4606

"Sparen und Geldanlage müssen attraktiv bleiben - breiter Zugang zu Finanzmärkten statt neuer Abgaben auf Kapitalerträge"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/4606 vom 21.01.2025
2. Beschluss des Plenums 19/4664 vom 22.01.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 39 vom 22.01.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Josef Zellmeier, Maximilian Böttl, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Kerstin Schreyer, Daniel Artmann, Konrad Baur, Barbara Becker, Alex Dorow, Dr. Stefan Ebner, Kristan Freiherr von Waldenfels, Karl Freller, Sebastian Friesinger, Martina Gießübel, Patrick Grossmann, Josef Heisl, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Björn Jungbauer, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Joachim Konrad, Harald Kühn, Stefan Meyer, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Jenny Schack, Andreas Schalk, Josef Schmid, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Werner Stieglitz, Martin Stock, Steffen Vogel, Peter Wachler und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Felix Locke, Felix Freiherr von Zobel, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Sparen und Geldanlage müssen attraktiv bleiben – breiter Zugang zu Finanzmärkten statt neuer Abgaben auf Kapitalerträge

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf Bundesebene für attraktivere Rahmenbedingungen für Sparer und Anleger, vor allem für Kleinsparer und -anleger, einzutreten. Dazu sollen auch zusätzliche, wirksame Anreize gesetzt werden, damit Anlegen und Vermögensaufbau zur Alterssicherung attraktiver werden, gerade auch für Menschen mit niedrigeren und mittleren Einkommen.

Der Landtag lehnt insbesondere Sozialabgaben auf Kapitalerträge als Bremse für eine private Altersvorsorge ab. Stattdessen sollen Chancen und Risiken der Möglichkeiten auf den Finanzmärkten in die Breite der Gesellschaft getragen werden.

Begründung:

Sparen und Anlegen muss attraktiv bleiben und darf nicht durch zusätzliche Abgaben belastet werden. Insbesondere der langfristige Vermögensaufbau am Kapitalmarkt mit Aktien/Fonds/ETFs ist ein wichtiger Baustein für die private Altersvorsorge, der auch mit kleinen Beträgen aufgebaut und demnach noch stärker genutzt werden sollte.

Obwohl die durchschnittliche Rendite am Aktienmarkt in den letzten 20 Jahren bei über 8 Prozent lag und der DAX aktuell bei über 20 000 Punkten markiert, wissen 27 Prozent der 14- bis 24-Jährigen in Deutschland nicht, was eine Aktie ist. Aktien, Fonds und ETFs sind eine ideale Möglichkeit, viele Menschen an Unternehmenserfolgen zu beteiligen. Partizipativ und demokratisch. Das gilt es in Schule und Erwachsenenbildung stärker

zu vermitteln. Auch Anlagemöglichkeiten in staatlichen Fonds, höhere Freibeträge, begleitetes Investieren auch für Jugendliche könnten Möglichkeiten sein, um mehr Menschen an Unternehmenserfolgen teilhaben zu lassen.

Als weitere Anreize könnten weitere Maßnahmen überlegt werden, z. B. die steuerfreie Veräußerung langfristig gehaltener Aktien im Privatvermögen oder die Steuerfreistellung von Erträgen aus Einmalzahlungen aus langfristigen Kapitallebensversicherungen.

Zwar sind die deutschen sozialen Sicherungssysteme an ihre finanziellen Grenzen geraten und brauchen dringend Reformen, doch sind zusätzliche Sozialabgaben der falsche Weg. Helfen würde vor allem eine Wirtschaftspolitik, die Leistung belohnt, Arbeitsplätze schafft und Investitionen auslöst.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Josef Zellmeier, Maximilian Böttl, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Kerstin Schreyer, Daniel Artmann, Konrad Baur, Barbara Becker, Alex Dorow, Dr. Stefan Ebner, Kristan Freiherr von Waldenfels, Karl Freller, Sebastian Friesinger, Martina Gießübel, Patrick Grossmann, Josef Heisl, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Björn Jungbauer, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Joachim Konrad, Harald Kühn, Stefan Meyer, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzing, Jenny Schack, Andreas Schalk, Josef Schmid, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Werner Stieglitz, Martin Stock, Steffen Vogel, Peter Wachler und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Felix Locke, Felix Freiherr von Zobel, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 19/4606

Sparen und Geldanlage müssen attraktiv bleiben – breiter Zugang zu Finanzmärkten statt neuer Abgaben auf Kapitalerträge

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf Bundesebene für attraktivere Rahmenbedingungen für Sparer und Anleger, vor allem für Kleinsparer und -anleger, einzutreten. Dazu sollen auch zusätzliche, wirksame Anreize gesetzt werden, damit Anlegen und Vermögensaufbau zur Alterssicherung attraktiver werden, gerade auch für Menschen mit niedrigeren und mittleren Einkommen.

Der Landtag lehnt insbesondere Sozialabgaben auf Kapitalerträge als Bremse für eine private Altersvorsorge ab. Stattdessen sollen Chancen und Risiken der Möglichkeiten auf den Finanzmärkten in die Breite der Gesellschaft getragen werden.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Maximilian Böttl

Abg. Tim Pargent

Abg. Martin Böhm

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Stefan Frühbeißer

Präsidentin Ilse Aigner

Staatsministerin Ulrike Scharf

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und

Fraktion (CSU),

**Florian Streibl, Felix Locke, Felix Freiherr von Zobel u. a. und Fraktion (FREIE
WÄHLER)**

**Sparen und Geldanlage müssen attraktiv bleiben - breiter Zugang zu
Finanzmärkten statt neuer Abgaben auf Kapitalerträge (Drs. 19/4606)**

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Maximilian Böttl das Wort. Bitte schön.

Maximilian Böttl (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir in unserem Land vom Aktionär sprechen, haben wir reflexartig ganz schnell ein typisches Klischee vor Augen. Der Superreiche mit dicker Zigarre auf seiner weißen Yacht feiert sich selbst und sein Leben. Wir denken dann an große Vermögen, an Kapitalismus, an Platten mit Hummer und Kaviar. Genau das Gegenteil ist aber die Wahrheit.

Zwei Drittel aller Anleger hat ein Nettoeinkommen bis 3.000 Euro. Ein Drittel aller Anleger hat ein Nettoeinkommen bis 2.000 Euro. Über 12 Millionen Menschen in Deutschland haben Aktienfonds, ETFs, und in Bayern – auch da sind wir natürlich Spitze – ist die Quote mit 23 % in der Bevölkerung am höchsten.

Genau sie alle würde es treffen, wenn wir Kapitalerträge mit neuen oder mit höheren Abgaben belasten. Es würde diejenigen belasten, die das, was ihnen nach den Kosten für die Miete, für das Leben und nach der Steuer übrig bleibt, sparen und anlegen.

Sie zielen auf die Superreichen, aber treffen die Supermarktkassiererin. Wir müssen jedoch genau andersherum an die Sache heran, indem wir erkennen, dass Aktienfonds, ETFs die beste Möglichkeit sind, Menschen auch in der Breite an Unterneh-

menserfolgen zu beteiligen. Es ist irgendwie sogar etwas Urdemokratisches, mit kleinem Einkommen auch am Großen mitzuwirken.

Wir hatten da am Aktienmarkt in den letzten Jahren eine durchschnittliche Rendite von 8 %. Wenn Sie jeden Monat nur einmal 50 Euro einsparen, haben Sie nach 40 Jahren über 100.000 Euro beieinander. Deshalb wollen wir als CSU-Fraktion konkrete Anreize setzen, damit noch mehr Menschen diese Teilhabe für ihre Altersvorsorge, für ihre Vermögensbildung aktiv nutzen. Dazu drei Ideen:

Erstens. Das Wissen um Chancen, aber natürlich auch um Risiken der Finanzmärkte muss viel mehr in die Schulen und in die Erwachsenenbildung. 27 % der 14- bis 24-Jährigen wissen nicht, was eine Aktie ist. Es bedürfte nicht nur dafür einmal so etwas wie einen Finanzführerschein. Jugenddepots gibt es schon; also ein, wenn Sie so wollen, begleitetes Investieren. Das funktioniert aber auch nur, wenn sich die Eltern ein wenig auskennen.

Zweitens. Staatliche Angebote zum Beispiel über eine kapitalmarktfinanzierte Säule in der Rente – Stichwort: ETF-Rente für jedes Kind – oder über geförderte Altersvorsorgedepots müssen geschaffen werden. Es gibt auch Fonds, die in rentable staatliche Aufgaben investieren. Solche Fonds sollte man überlegen. Man könnte zum Beispiel das Familiengeld für jedes Kind anlegen und es dann verzinst mit dem 18. Geburtstag als Startgeld wieder auszahlen.

Drittens. Mehr finanzielle Anreize auch durch höhere Freibeträge, durch die steuerfreie Veräußerung von langfristig gehaltenen Aktien im Privatvermögen oder durch die Steuerfreistellung bei Einmalzahlungen aus langfristigen Kapitallebensversicherungen. Außerdem sollten wir schon auch noch einmal genau hinschauen, wo der Staat vielleicht doppelt kassiert. Zum Beispiel ist die Dividende eigentlich die Ausschüttung des Unternehmens, an dem man sich als Aktionär beteiligt hat, die aus dem Reingewinn nach der Steuer übrig bleibt. Eigentlich ist sie also schon versteuert.

Das sind die Diskussionen, die wir führen wollen und müssen, und die Überlegung muss immer sein: Wie können wir den Menschen, die sparen wollen, die anlegen wollen, beim Vermögensaufbau und bei der Altersvorsorge helfen? Wir wollen nicht gängeln, sondern entfesseln, nicht drangsalieren, sondern inspirieren und motivieren.

Der bekannte US-Investor Warren Buffett sagte einmal:

"Der Schlüssel zum erfolgreichen Investieren liegt nicht in der Frage, wie sehr eine Industrie die Gesellschaft beeinflusst oder ob sie wachsen wird, sondern darin, herauszufinden ob ein bestimmtes Unternehmen einen Wettbewerbsvorteil hat und wenn ja, wie lange dieser anhalten wird."

Am Ende wird das heute entscheidend bleiben.

Wir brauchen wieder einen Wettbewerbsvorteil für unsere Unternehmen bei uns. Raus aus der Rezession werden wir nicht kommen mit der höchsten Steuerlast, mit der engmaschigsten Bürokratie, mit den maximalen Energiepreisen, mit fehlenden Fachkräften. Die Grundlage für alles, also auch für das Sparen und das Anlegen, ist logischerweise eine wachsende Wirtschaft, zumindest wenn wir wollen, dass die Wertschöpfung, dass die Mehrwerte hier bei uns bleiben. Denn sonst fließt das Geld der Sparer und Anleger einfach woanders hin, nämlich dorthin, wo es Wachstum gibt.

Unser Antrag ist insofern Teil eines Politikwechsels, durch den die Politik, durch den der Staat mit all seinem Tun einfach wieder an sich zu einem Wettbewerbsvorteil für die Unternehmen wird, zu einem Vorteil für das Leben der Menschen hier bei uns in Bayern. Wir bitten deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt eine Meldung zur Zwischenbemerkung des Kollegen Tim Pargent für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. Bitte schön.

Tim Pargent (GRÜNE): Ich habe eine Frage zu den Ausführungen oder zu den, wie Sie es genannt haben, Ideen. Die finanzielle Bildung ist tatsächlich ein wichtiges Thema. Wenn ich über Bildung nachdenke, komme ich aber zu dem Ergebnis, dass das nach meiner Kenntnis eine Ländersache ist. Deswegen lautet meine Frage: Gibt es in dieser Legislaturperiode oder gab es meinerwegen auch in der letzten Legislaturperiode eine konkrete Maßnahme, mit der das Thema "finanzielle Bildung" in Bayern verbessert wurde?

Maximilian Börtl (CSU): Davon dürfen Sie ausgehen, wenn wir das als CSU-Fraktion hier als Idee einbringen.

Tim Pargent (GRÜNE): Aber gab es schon eine?

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir sind ganz Ohr!)

Maximilian Börtl (CSU): Das ist jetzt eine Idee, die heute eingebracht wird. Deswegen werden wir sie weiterverfolgen; selbstverständlich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Martin Böhm für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Früher hat man zum Schröpfen Glasglocken genommen. Heute geht das mittels Habeck'schen Glaskugeln, in die wir schauen dürfen. Warum benennt die CSU den links-grünen Ideologen nicht, mit dem sie trotz aller Dementis vermutlich die nächsten vier Jahre im Berliner Koalitionsbett verbringen will? Verklausuliert wird der Urheber des Überfalls auf den deutschen Sparer in Ihrem Antrag auch noch in Schutz genommen, indem Sie ihn nicht benennen.

Habecks Heizungsgesetz hat Hausbesitzer ruiniert, und Habecks Sozialabgaben-Spleen wird Sparern die letzte Rendite stehlen. Wie verworren und unstrukturiert, ja unausgegoren Habecks Pläne des grünen Überfalls auf deutsche Sparer sind, wurde gestern Abend in Maischbergers Talk einem Millionenpublikum überdeutlich. Wie peinlich war dieser Auftritt eines Ministers im Abgesang!

Ja, die Sozialversicherungen sind wohl an ihre Grenzen gekommen. Aber für die Bürger, die auf ihrem Januarlohnzettel zwischen 10 und 40 Euro weniger finden, weil die Zusatzbeiträge explodieren, für die ist der Rubikon bereits überschritten. Egal, ob höhere Zusatzbeiträge, ob eine höhere Jahresarbeitsentgeltgrenze oder die unverschämte Forderung nach Sozialabgaben auf Kapitalerträge – alles dient einzig dem Zweck, die klammen Kassen zu füllen. Ich kann Ihnen auch genau sagen, warum die Sozialkassen hier in Deutschland besonders klamm sind: Weil Sie dafür gesorgt haben, dass sowohl Millionen Migranten als auch Hunderttausende Flüchtlinge aus der Ukraine seit Jahren aus unserem deutschen Sozialsystem Honig schöpfen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der AfD – Volkmar Halbleib (SPD): Das war Ihr russischer Freund Putin, der die Flüchtlinge produziert hat! Ja, Sie sind verantwortlich!)

Sie schöpfen nicht nur durch einen oft negativen Beitragssaldo. Das wäre ja zumindest moralisch noch vertretbar. Nein, sie schöpfen eben allzu oft, ohne überhaupt jemals Beiträge in unser System entrichtet zu haben. Das ist des Pudels Kern, und der geht auf die unheilvolle Politik der Merkel-Zeit zurück. Diese Zeit ist untrennbar auch mit der bayerischen CSU verbunden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Die harte Landung in der realen Welt haben weder Schwarz-Rot so wie Sie noch die Ampel überlebt. Auch Schwarz-Grün wird daran zerbrechen, und das ist gut so.

Verbrannte Erde in allen relevanten Politikfeldern. Da kann man auch noch die braven Sparer aus dem Volk verzweifelt zurücklassen. GRÜNEN-Wähler, oft Beamte mit Beihilfeberechtigung oder privatversicherte reiche Gutmenschen aus dem links-bourgeois Milieu, sind ja von den Sozialabgaben auf Kapitalerträge gar nicht betroffen. Aber den Bürgern, die sparen, um im Alter selbstbestimmt zu leben, will man jetzt in die Tasche greifen. Diese Bürger werden sich das nicht gefallen lassen. Hinter diesen Menschen steht die bayerische Alternative.

(Beifall bei der AfD)

Die Vorschläge in Ihrem Antrag, liebe Kollegen der CSU und der FREIEN WÄHLER, sind – das muss man konstatieren – zumindest in Teilen ausgewogen und in vielen Bereichen von der Übernahme unserer langjährigen Forderungen geprägt. AfD wirkt, sagt man landläufig dazu.

Ihre Anregung, die Notwendigkeit und die Funktionen langfristiger Geldanlage in Schulen zu vermitteln, gefällt uns. Gerne können wir damit das Zeitfenster des Verfassungsviertelstündchens sinnstiftend befüllen.

Aufgrund der von Ihnen mit diesem Antrag gezeigten Einsicht stimmen wir diesem Antrag heute zu.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Kollege Tim Pargent für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich muss konstatieren: Der Versuch der CSU und auch der FREIEN WÄHLER, hier kurz vor der Wahl noch etwas für die Sparer tun zu wollen und gleich noch gegen den Kanzlerkandidaten Habeck auszuteilen, ist tatsächlich doch ein recht durchsichtiges Wahlkampfmanöver. Was ist passiert? – Der einzige ehrliche Kanzlerkandidat Robert Habeck

(Lachen bei der AfD)

macht einen guten Vorschlag, um die arbeitende Bevölkerung zu entlasten: Wie wäre es, wenn nicht nur die Kassiererin, der Klempner oder die Krankenschwester mit ihren Lohnnebenkosten die Sozialkassen stabilisieren, wo es in den nächsten Jahren übrigens massive Bedarfe gibt, sondern auch Reiche, die nur noch ihr Geld arbeiten lassen? Die breite Masse der Bevölkerung wird mit einem ordentlichen Freibetrag geschützt; der Rest ist dann bösartige Stimmungsmache auf Bildzeitungsniveau.

Der Bedarf in den Sozialkassen zur Stabilisierung der Beiträge ist aus unserer Sicht auch riesig. 16 Jahre Schlafwagen-Merkel-Ära haben in der Sache des demografischen Wandels relativ wenig abgepuffert. Ganz im Gegenteil: Der damalige Gesundheitsminister Jens Spahn hat die Krankenkassen noch schnell geplündert. Bloß keine Beitragserhöhung vor der Wahl! Deswegen wurden die Rücklagen abgeschmolzen. Das nennen die Fachleute dann – Zitat – "Beschiss". So hat es der Vorsitzende, der Chef der größten Krankenkasse in Deutschland, der Techniker Krankenkasse, Jens Baas, erst vor Kurzem genannt. Das war Ihre Politik: Bloß keine wirksamen Maßnahmen zur Senkung der Sozialbeiträge, stattdessen diesen Beschiss bei der Rücklage.

Scheinbar wollen Sie auch in diesem Wahlkampf so weitermachen. Für die milliardenschweren Versprechungen, vor allem aber für die Steuersenkungen für die reichste Hälfte, vor allem für die ganz Reichen in unserem Land, haben Sie keine Deckungsvorschläge vorgelegt. Aber bei der CSU darf es natürlich noch mehr Wahlkampf sein. Sie wollen auch noch bei den Renten erhöhen. Wie stark sollen dann die Rentenbeiträge steigen, um Ihre Rentenversprechen zu finanzieren? Aber wir kennen die Masche: Kein Deckungsvorschlag, lieber noch was neu ins Schaufenster gestellt. Der nächste Beschiss ist an der Stelle wahrscheinlich vorprogrammiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber ich komme gerne noch einmal zum Sparen. Da muss ich bei dem Antrag doch feststellen, dass Sie es nicht schaffen, auch nur einen einzigen konkreten Vorschlag in

Ihrem Antragstext zu nennen. Vielleicht liegt es daran, dass Sie eigene Fehler anerkennen müssen. Ich erinnere nur kurz: Der Sparerfreibetrag wurde 2006 von der ersten Merkel-GroKo und damit auch mit den Stimmen der CSU fast halbiert, auf 750 Euro. Erst die Ampel hat diesen Sparerfreibetrag für die breite Masse in unserem Land, für die kleinen Leute, wieder auf 1.000 Euro erhöht. Gut so. Die CSU sollte sich bei den Sparern in Deutschland für das, was sie damals getan hat, eigentlich entschuldigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Ihren 16 Jahren Regierungszeit haben Sie für die Sparer wenig erreicht und obendrein damals noch den Freibetrag fast halbiert. Das ist ganz, ganz dünn. Für uns ist dieser Antrag ein Wahlkampfmanöver. Sie können uns hier keine konkreten Maßnahmen nennen. Auch bei der finanziellen Bildung können Sie uns nichts nennen. Machen Sie erst mal Ihre Arbeit, bringen Sie konkrete Vorschläge. Bis dahin lehnen wir diesen Antrag definitiv ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Kollege Volkmar Halbleib für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir werden uns bei dem Dringlichkeitsantrag der CSU deshalb enthalten, weil wir zum einen bei der Intention des Antrages, sofern er neue Abgaben auf Kapitalerträge betrifft, durchaus Kritikpunkte mit der CSU teilen. Denn ich glaube, dass wir sehr aufpassen müssen, um auch Kleinanleger, die für die Altersvorsorge gerade auf Aktien setzen, nicht zu verunsichern, indem wir ihnen im Prinzip eine Politik ohne ein zugrundeliegendes Konzept zumuten. Wir sind der Auffassung, dass das der falsche Vorschlag zur falschen Zeit ist; insbesondere dann, wenn man keine Details und keine Rahmenbedingungen nennt.

Der Grund, weshalb wir dem Antrag nicht zustimmen, liegt darin, dass die CSU gerade auf die Fragen, wie wir den Sozialstaat eigentlich finanzieren, wie wir Sozialversicherungen finanzieren, nur widersprüchliche Antworten hat – wenn man es überhaupt Antworten nennen will. Sie kündigen letztendlich eine Politik zulasten der Normalverdiener, der niedrigen und mittleren Einkommen, an und haben leider – und das war auch der Grund meiner zugebenermaßen zahlreichen Zwischenrufe – kein seriöses Finanzierungskonzept für die Sozialversicherung der Zukunft. Ich darf das an manchen Stellen auch noch mal unterstreichen und begründen.

Leider ist dies ein völlig unausgeglichener Vorschlag, was die Frage der Sozialversicherungsbeiträge aus den Aktieninvestitionen von Bürgerinnen und Bürgern anbetrifft. Dieser hat massive Verunsicherung ausgelöst, und Verunsicherung ist das, was wir im Augenblick eigentlich gar nicht haben können. Wir brauchen Vorschläge, die das Gesundheitssystem effizienter machen. Dazu habe ich wenig von der CDU und der CSU gehört. Auch die Frage des Verhältnisses von Privatversicherten und gesetzlich Versicherten müssen wir mit Sicherheit neu anpacken, auch was Beitragsbemessungsgrenzen anbetrifft.

Ich darf kurz darauf eingehen, warum wir dem Antrag trotzdem nicht zustimmen, nämlich weil die CDU/CSU und in dem Fall die CSU völlig widersprüchlich argumentiert. Es ist völlig unklar, in welche Richtung Sie den Sozialstaat führen wollen. Auf der einen Seite gibt es permanent die Thematisierung sozialer Kürzungen. Auch im eigenen Bundesland ist das so. Darauf kann man sich eigentlich keinen Reim machen. Auf der anderen Seite wollen Sie Leistungsausweitungen. Ich nenne einmal zwei Beispiele, nämlich die Frage, ob wir die Pflegeversicherung zu einer Pflegekostenvollversicherung umbauen wollen, was eine berechtigte Frage ist, und die Frage, ob wir die Mütterrente erweitern wollen. Beide Fragen sind berechtigt, und für beide Punkte habe ich Sympathie, aber dann muss man auch sagen, wie man diese Vorschläge finanziert. Dazu habe ich leider, Herr Kollege Seidenath, nichts von Ihnen gehört. Nichts, null, keine Ansage. Im Gegenteil: Der Vorschlag zur Finanzierung ist im Prinzip – ob-

wohl wir wissen, dass, wenn wir die Sozialversicherung entlasten wollen, die Steuerfinanzierung höher sein muss und die öffentlichen Haushalte infrage kommen –, dass Sie die öffentlichen Haushalte schwächen wollen, indem Sie Steuersenkungen für Spitzenverdiener anstatt eine Entlastung der großen Zahl der Bürgerinnen und Bürger in den unteren und mittleren Einkommen versprechen. Dies ist Ihre Art und Weise der Finanzierung, nämlich dem Staat Geld zugunsten der Spitzenverdiener zu nehmen.

Die sozialpolitische Geisterfahrt nimmt leider kein Ende, zulasten der Finanzierungsfragen und Sozialversicherungen. Dazu gibt es klare Aussagen, beispielsweise vom ZEW, das in der "Süddeutschen Zeitung" die steuerpolitischen Konzepte der Parteien verglichen hat. Die klare Aussage der Experten des ZEW ist, dass Union, AfD und FDP vor allem höhere und höchste Einkommen stark entlasten wollen und Bezieher unterer bis mittlerer Einkommen wenig bis gar nicht. Deswegen und dagegen will die SPD untere und mittlere Einkommen moderat entlasten und die höchsten Einkommen dafür mehr belasten. Dies ist Politik für die sogenannten kleineren Leute, für die unteren und mittleren Einkommen. Sie unterbreiten Entlastungsvorschläge für die Spitzenverdiener, belasten die Finanzierungssituation zusätzlich und wollen dabei noch die Leistungen ausweiten.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist um.

Volkmar Halbleib (SPD): Das passt leider nicht zusammen. Das ist eine sozialpolitische Geisterfahrt.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist um!

Volkmar Halbleib (SPD): Wir enthalten uns.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächsten Redner rufe ich Herrn Kollegen Stefan Frühbeißer für die Fraktion der FREIEN WÄHLER auf. Bitte schön.

Stefan Frühbeißer (FREIE WÄHLER): Verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Von den jetzt angesprochenen Bundesthemen im Hinblick auf meine knappe Redezeit zurück zu den Themen, die wir heute hier im Landtag zu beraten haben. Mit dem Dringlichkeitsantrag wollen wir die Möglichkeiten, die das Investment in Aktien bietet, für die breite Masse unserer Bevölkerung nutzbar machen und halten, vor allem wenn eine zusätzliche Abgabe auf diese möglichen Kapitalerträge erfolgt.

Werfen wir einen sehr weiten Blick zurück, wie Aktien entstanden sind. Wie weit reicht das Ganze zurück? – Am Beginn des 17. Jahrhunderts wurde der Handel durch Aktionäre gestützt, indem Gelder gegeben worden sind, bei denen es sich, muss man sagen, unter Umständen auch um Risikokapital handelte, um die Schifffahrt und den Handel zu fördern und damit sicherzustellen, dass Wachstum erfolgen und man Wohlstand erzeugen kann. Das Ganze hat sich natürlich fortgesetzt. Risikokapital haben wir mittlerweile vielleicht in ganz anderen Bereichen.

Darum geht es in unserem Antrag nicht. Es geht darum, dass Menschen und Otto Normalbürger die Gelegenheit nutzen können und dürfen, mittels Anteilnahme an Unternehmensgewinnen Erträge zu erzielen. Es ist völlig verschwiegen worden, dass man ohnehin schon ein Viertel davon an Kapitalertragsteuer abführt. Nicht nur, dass man verschiedene Themenbereiche völlig vermischt, sondern man kommt auch noch auf die Idee, hier zusätzlich Sozialabgaben draufzulegen. Dann erhebt man hier auch noch den Vorwurf, dieser Dringlichkeitsantrag sei nicht ausgegoren. Dazu möchte ich ein paar Ausführungen machen. Ich hoffe, ich schaffe dies in der Zeit.

Es ist so – und hier muss ich jetzt nicht meine Meinung wiedergeben –, dass namhafte Wirtschaftsinstitute Deutschlands, unter anderem das Ifo-Institut, das Ganze im Jahr 2023 berechnet haben. Man hat genau hingesehen, was es bedeuten würde, wenn ich auf die Kapitalerträge Sozialabgaben drauflege. Das Ergebnis – ich fasse mich kurz – war, dass das Beitragsvolumen marginal um circa 3 % steigen würde. Damit würden wir die Sozialkassen also in keiner Weise retten. Diese Berechnung, das muss man auch dazu sagen, ist davon ausgegangen, dass schon der erste Euro

besteuert wird. Jetzt haben wir Freibeträge und natürlich die Situation – auch das wird völlig verschwiegen –, dass man aufgrund der Beitragsbemessungsgrenzen einen Großteil der – wie Sie es immer so schön sagen – reicheren Sparer bei der Krankenversicherung gar nicht mit im Boot hätte. Das heißt, auch diese Berechnung hinkt. Für mich ist das ein Thema aus der Mottenkiste eines scheidenden Bundesministers. Ich muss sagen, mittlerweile tut es mir weh und leid, gerade auch für die Zuhörerinnen und Zuhörer, vor allem aber für die Betroffenen, dass es hier wieder nur Schuldzuweisungen gibt und man immer wieder erklärt, früher war es so und ihr hättet damals – –

Darum geht es nicht. Es geht darum, die Aufgaben in der Zukunft zu lösen und die Altersversorgung für Jung und Alt sicherzustellen. Dafür ist meines Erachtens – und hier teile ich die Meinung vieler Fachleute – das Investment in Aktien hervorragend geeignet. Alles, was jetzt passiert, also Unsicherheit zu streuen, verunsichert nicht nur unsere Wirtschaft, die darauf angewiesen ist, wieder Kapital für Neuinvestitionen zu erhalten, sondern gerade auch unsere Sparerinnen und Sparer, unsere Bevölkerung. Letztendlich wird dadurch riskiert, dass nicht nur Unternehmen, sondern auch Investoren in andere Länder abwandern. Das wollen wir verhindern.

Deshalb bitte ich darum: Unterstützen Sie unseren Dringlichkeitsantrag. Ich bedanke mich schon jetzt für jede Ja-Stimme.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Böhm.

Martin Böhm (AfD): Lieber Herr Kollege, ich will noch einmal auf meine eingangs gewählten Worte zurückkommen. Sehr auffällig ist, dass jede der beteiligten Parteien eigentlich nur davon gesprochen hat, wie ich höhere Beiträge generieren kann und welche Stellschrauben unser Sozialversicherungssystem hat, sodass ich die Bemessungsgrenzen erhöhen und vielleicht andere Erträge noch mit Beiträgen belegen kann. Niemand hat versucht, an des Pudels Kern heranzugehen und zu sagen,

die Ausgabenseite ist hoch. Das belastet unseren Staat eigentlich im Allgemeinen. Wir haben nicht zu wenig Einnahmen, wir haben eklatant zu hohe Ausgaben. Das hat in der gesamten Debatte deutlich gefehlt.

Wenn ich mich daran erinnere, wie Herr Habeck gestern bei "Maischberger" aufgetreten ist, alles im Ungefähren gelassen und geäußert hat, er wolle erst einmal gewählt werden und danach schauen, wie das wirklich ausgestaltet wird, stelle ich fest, das war vollkommen diffus. Er hat keinerlei Ahnung von der sozialversicherungsrechtlichen Materie. Es wäre erschreckend, wenn so etwas auf unser Deutschland zukommen würde. Ich möchte wissen, welche Möglichkeiten Sie konkret sehen, um die Ausgabenseite unserer Sozialversicherung in den Griff zu bekommen.

Stefan Frühbeißer (FREIE WÄHLER): Vielen Dank, Herr Kollege Böhm, für diese Frage. Ich glaube, dies sind sehr spezifische Fragen, die nicht nur auf Bundesebene zu klären sind, sondern generell in unserem Bereich. Ich sage jetzt einmal ganz allgemein, für mich ist entscheidend, dass wir Standards zurückfahren, Sparpotenziale ausnutzen und diese Systeme mitunter, wenn es notwendig ist, notfalls auch von staatlicher Seite – ich habe vorhin das Stichwort Steuereinnahmen angesprochen – stützen.

Auf uns kommen riesige Herausforderungen im Hinblick auf den Generationenvertrag und die Situation zu, dass wir immer weniger Steuerzahler haben werden. Das heißt, wir müssen uns für die Zukunft gewaltig anstrengen. Ich habe es bei jeder Gelegenheit betont: Wir haben in den vergangenen Jahren in allen öffentlichen Bereichen, von den Kommunen bis hin zum Staat, deutlich über unsere Verhältnisse gelebt. Es ist immer schön, als Politiker Geschenke zu machen, aber wir sind jetzt in einer Phase, in der wir den Menschen erklären und sagen müssen, dass nicht mehr alles funktioniert und man nicht jeden Wunsch erfüllen kann. Wenn ich genau hinhöre, höre ich von bestimmter Seite immer nur, wir brauchen mehr Geld, mehr Geld, mehr Geld und wir müssen hier und dort mehr tun. Das Ganze wird auf Dauer so nicht funktionieren, weil wir es einfach nicht finanzieren können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Nun hat Frau Staatsministerin Ulrike Scharf das Wort.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Frau Landtagspräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss schon sagen, dass die Nebelkerzen und die Ablenkungsmanöver der GRÜNEN echt dreist sind. Drei Jahre lang haben Sie unser Land wirtschaftlich schwächer, die Deutschen ärmer und die Sozialkassen klammer gemacht.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Bayern geht seit sechs Jahren nach unten!)

Nach dieser Bilanz stellen Sie sich vor das Volk und sagen: Oh, sorry, wir brauchen mehr Einnahmen, wir müssen euch belasten. – Wieder heißt es – das erinnert einfach immer wieder an das Heizungsgesetz –: Oh, sorry, ihr habt da alles falsch verstanden. Es tut mir leid. Ich habe das nicht richtig übergebracht.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Ihr habt gelogen! – Zuruf von der AfD)

Richtigstellung folgt auf Richtigstellung. Aber das Falsche bleibt falsch. Es ist falsch, höhere Steuern und zusätzliche Abgaben zu fordern. Wir lehnen das entschieden ab.

(Beifall bei der CSU)

Ich will es noch einmal konkretisieren. Das mit Abgaben und Steuern belastete Einkommen der Menschen soll noch einmal belastet und von Vater Staat umverteilt werden; noch mehr Staatsquote, noch mehr Bürokratie, noch mehr Belastung statt Entlastung, noch mehr Schröpfen statt Aktivieren und Setzen von Leistungsanreizen, noch mehr Kapitalflucht ins Ausland statt Investitionen im Land.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Das ist klassisch linke Politik – noch einmal ein grüner Griff in die Taschen der Bürgerinnen und Bürger.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Nein, das macht die CSU!)

Die Wahrheit hinter der Fassade wird immer deutlicher. Herr Habeck gibt sich ein bürgerliches Mäntelchen, das Futter darin ist tiefrot. Man könnte es auch anders formulieren: Wassermelone – außen grün und innen rot.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben explodierende Sozialausgaben wegen einer schrumpfenden Wirtschaft, wegen hausgemachter Inflation, wegen hausgemachter Arbeitslosigkeit und Ausgaben und wegen hausgemachter Anreize für illegale Zuwanderung in unsere Sozialsysteme. Ja, auch die Kosten der illegalen Migration sind eine Ursache für die Überlastung des Sozialstaats, und sie sind höher als in anderen europäischen Ländern.

(Beifall bei der CSU)

Eine wirklich spürbare Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung haben die GRÜNEN drei Jahre lang blockiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Arbeit, Leistung und Hilfe zur Selbsthilfe statt Gießkanne – das ist die DNA der sozialen Marktwirtschaft, nicht immer mehr Umverteilung. Nur dann können wir auch den wirklich Bedürftigen, den wirklich von Krieg und Terror gebeutelten Menschen helfen. Unser Sozialstaat darf nicht zum Sozialfall werden.

Deshalb gibt es eine Antwort. Sie ist genau das Gegenteil linker Umverteilung. Das ist eine aktivierende, nicht eine sedierende Wirtschaftspolitik. Das sind Anreize für Arbeit. Das sind Anreize, damit Leistung sich lohnt, damit private Altersvorsorge sich lohnt, damit Deutschland wieder Lokomotive und nicht Bremsklotz in Europa ist. Deutschland braucht Entlastung statt Belastung. Wir brauchen Sauerstoff, ein geöffnetes Fenster zum Durchlüften und einen Frühjahrsputz gegen drei Jahre Mehltau.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Vergleich in Europa ist eindeutig. In Deutschland haben die Familien, die Alleinerziehenden, die Rentnerinnen und Rentner, die Studierenden, die Geringverdiener mit viel höherer Inflation zu kämpfen als beispielsweise in Frankreich. Ich will Ihnen die Zahlen dazu nennen. Laut Eurostat ist die Inflationsrate im Dezember 2024 in Deutschland auf 2,8 % gestiegen, in Frankreich auf 1,8 %, in Italien auf 1,4 % – das ist die Hälfte. Hinsichtlich des Jahresdurchschnitts der Inflationsrate 2023 reden wir von 5,9 %. Steigende Preise treffen auch alle Träger des Sozialstaats massiv, ob sie ein Altenheim, ein Krankenhaus oder eine Kita betreiben. Inflation ist die Enteignung der kleinen Leute. Hier sollte der Bundesinflationminister einmal ansetzen. Abgaben auf Ersparnisse sind ein Angriff auf die Normalverdiener und ein Angriff auf unsere Altersvorsorge.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Deutschland ist vom Wachstum in Europa und der Welt entkoppelt. Unter den G7-Staaten ist Deutschland Schlusslicht geworden. Es ist das einzige Land in einer Rezession, und das seit zwei Jahren. Mit viel rhetorischem Schaum will Herr Habeck den Blick auf die Wahrheit seiner Bilanz vernebeln. Die Krise Deutschlands ist hausgemacht.

Wir haben drei Jahre Ampel, das heißt Streit und Chaos, aber vor allen Dingen ein Dreifach-Giftcocktail aus staatlichen Subventionen, Interventionen und Alimentation. Die Symbole dafür will ich Ihnen gar nicht nennen, vielleicht nur dies als Stichpunkte: 600 Millionen Euro für Northvolt – gescheitert; 9 Milliarden Euro des Bundes für LNG-Standorte – das sind deutsche Subventionen für amerikanische und arabische Quellen. Irgendwie kann der ökonomische Irrsinn gar nicht groß genug sein. Von den 10 Milliarden Euro, die für Intel in Magdeburg eingeplant wurden, will ich nicht reden. Von den schönen Fotos von Scholz und Musk bei der Eröffnung des Tesla-Werks in Brandenburg will heute keiner mehr etwas wissen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, bei allem Respekt und auch bei allem Zusammenhalt, den wir als Demokraten in diesen Zeiten pflegen müssen, tut es mir wirklich leid. Ich glaube, in diesem Wahlkampf bekommen Sie zwei Ergebnisse

präsentiert, so viel ist heute schon sicher. Das erste Ergebnis: Die Welt schüttelt den Kopf über Deutschland, mit Japan die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt. So wie dieser Bundespleiteminister, dieser "Oh sorry, ich wurde falsch verstanden"-Minister kann man eine Industrienation wie Deutschland nicht führen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Von mir bekommen Sie außerdem eine Auszeichnung vorweg, nämlich die grüne Zitrone

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

für den größten Beitrag zur Politikverdrossenheit und zur Stärkung der extremen Ränder. Wer in Berlin derart krachend an der Realität gescheitert ist, sollte etwas mehr Demut zeigen und die Nation von diesem ökonomischen und volkswirtschaftlichen Unsinn verschonen. Weg mit diesem Unsinn! Neue Abgaben auf Ersparnis – wie man überhaupt auf so eine Idee kommen kann!

Ich sage Ihnen ganz klar: Sozial ist, was Arbeit schafft; sozial ist, was Chancen vererbt und nicht Schulden. Es ist Zeit, dass in Deutschland wieder etwas geht. Sie hatten Ihre Chance. Sie können es nicht. Deshalb ein Neustart für Deutschland! Ich unterstütze diesen Antrag der Fraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN sehr.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Es gibt eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Pargent.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Staatsministerin, Sie stellen sich hierhin und wollen die arbeitende Bevölkerung in unserem Land nach der Wahl entlasten. Jetzt wundert man sich nur, wenn man die steuerpolitischen Vorschläge der Union sieht, dass Menschen, die bis zu 40.000 Euro im Jahr verdienen, weniger als 1 % mehr haben, also nur marginal entlastet werden sollen, während die Einkommensgruppe von 250.000 Euro im Jahr und aufwärts um 5 % entlastet werden soll. Das hat

das ZEW super ausgerechnet. Ich schätze, Sie haben die "Süddeutsche Zeitung" am Wochenende auch lesen können. Was sagen Sie denn dazu? – Ich finde, Sie machen hier Politik nur für die Reichen, erzählen den Leuten aber genau das Gegenteil, nämlich dass Sie sich für die arbeitende Bevölkerung einsetzen. Das ist mit den Zahlen hier klar widerlegt. Was sagen Sie gerade als Sozialministerin zu diesen Entlastungen für die obersten Einkommenschichten in unserem Land?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Herr Pargent, eigentlich hätte ich Ihnen wirtschafts- und steuerpolitisch mehr Kompetenz zugetraut. Dann könnten Sie nämlich diese Pläne zum einen besser einordnen. Zum anderen haben Sie die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft immer noch nicht so recht verstanden, glaube ich. Sie haben noch nicht verstanden, wie man Wirtschaft ankurbelt, wie man aktiviert statt alimentiert, wie man Chancen und Arbeitsplätze schafft. Was wir in drei Jahren mit dem Bundeswirtschaftsminister erlebt haben, ist wirklich vernichtend.

(Zurufe der Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE) und Tim Pargent (GRÜNE) –
Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hör halt mal zu!)

Ich sage es noch einmal: Wir sind das einzige Land, das in einer Rezession ist. Im zweiten Jahr, erst dieses Wochenende, wurde die Wachstumsprognose von 0,7 auf 0,3 korrigiert.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Antworten!)

Die Zusammenhänge müssen Sie verstehen, und da müssen Sie die steuerpolitischen Entscheidungen mit einordnen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Antworten!)

Dann können wir miteinander über Wirtschaftspolitik reden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Toni Schuberl (GRÜNE):
Keine Antworten!)

Präsidentin Ilse Aigner: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 19/4606 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FREIEN WÄHLER, das ist die CSU, das ist die AfD. Gegenstimmen! – Das sind die GRÜNEN. Enthaltungen! – Das ist die SPD. Damit ist der Antrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/4607 und 19/4608 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, sich für eine Gedenkminute, eine Schweigeminute von den Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Sie alle haben bestimmt die Eilmeldungen verfolgt. Bayern trauert um ein 2-jähriges Mädchen und einen 41-jährigen Mann. Sie sind heute in Aschaffenburg einer grausamen Gewalttat zum Opfer gefallen. Drei weitere Verletzte, darunter ein weiteres Kleinkind, befinden sich zur Behandlung in der Klinik.

Nach allem, was wir wissen, hat der Tatverdächtige eine Kindergartengruppe mit einem Küchenmesser angegriffen. Der getötete Passant hat durch sein mutiges Einschreiten vermutlich weitere Opfer verhindern können. Das musste er mit dem Leben bezahlen.

Der mutmaßliche Täter stammt aus Afghanistan und hat hier bei uns Schutz gesucht. Unabhängig davon, was wir noch über seinen psychischen Gesundheitszustand erfah-

ren werden, steht fest: Es ist eine fürchterliche und sehr bittere Wendung. Staatsminister Joachim Herrmann und Staatsministerin Judith Gerlach sind vor Ort und haben der Öffentlichkeit bereits über die Lage und die aktuellen Erkenntnisse berichtet. Die Polizei wird in den kommenden Tagen und Wochen die Hintergründe sorgfältig klären müssen. Ich danke den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort, die geholfen haben. Ich danke der Polizei und den Rettungskräften für ihren Einsatz.

In diesen Stunden ist es für Bayern, finde ich, fürchterlich und schrecklich. Vorfälle wie diese machen uns, machen mich fassungslos. Sie sind von einer unmenschlichen Brutalität. Unsere Gedanken sind bei den Familien, ganz besonders auch bei den Eltern, und bei den Freunden. Wir hoffen auf eine baldige Genesung derer, die noch im Krankenhaus sind.

– Sie haben sich zum Gedenken erhoben; ich danke Ihnen.

Es ist schwierig, jetzt wieder zur Tagesordnung überzugehen. Wir haben aber leider noch einiges auf der Tagesordnung. Ich glaube, es war wichtig, dass wir hier ein Zeichen gesetzt haben.